



HESSISCHER LANDTAG

09. 02. 2023

Kleine Anfrage

Lisa Gnagl (SPD) und Nadine Gersberg (SPD) vom 20.12.2022

Inobhutnahme in Hessen

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragestellerinnen:

Die Corona-Pandemie hat die Kinder- und Jugendhilfe besonders gefordert. Die Auswirkungen sind noch immer zu spüren. Die Problemlagen werden komplexer und durch bestehende Problematiken wie Geldsorgen, Stress und Enge weiter befeuert. Viele Familien erfordern nun Angebote in der Kinder- und Jugendpflege, die vor der Pandemie keine Hilfen in Anspruch nehmen brauchten. Die Gestaltung des Übergangs von jungen Erwachsenen aus staatlichen Hilfen in die Selbstständigkeit im Erwachsenenalter erweist sich häufig als schwierig und unzureichend begleitet.

Die Vorbemerkung der Fragestellerinnen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei wie folgt:

- Frage 1. Wie hat sich die Zahl der Inobhutnahmen in Hessen seit 2018 entwickelt? Bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie Altersgruppen (Krippe, Kita, Grundschule, weiterführende Schule) und Geschlecht.
- Frage 2. Wer hat die Betreuung für die in 1. genannten Kinder übernommen und wie lange dauerte die Inobhutnahme im Durchschnitt?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Anlage 1 verwiesen. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf sogenannte reguläre Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII. Nicht berücksichtigt sind vorläufige Inobhutnahmen unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer nach § 42a SGB VIII. Die Gesamtzahl der regulären Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII enthält solche unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer. Der diesbezügliche Anteil ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	2018	2019	2020	2021
Inobhutnahmen nach § 42	3.466	3.596	3.417	3.340
davon nach unbegleiteter Einreise	436	336	339	494

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

- Frage 3. Wie viele Beziehungswechsel hat es für die in 1. genannten Kinder gegeben und welche Konzepte gibt es, um die Beziehungswechsel möglichst niedrig zu halten?

Bei einer Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII handelt es sich um eine vorläufige, nur auf kurze Zeit angelegte Schutzmaßnahme. Während der Inobhutnahme erfolgt eine Klärung der Situation des Kindes oder Jugendlichen und danach entweder eine Rückführung oder die Planung und die Vermittlung in eine andere geeignete Hilfe. In etwas mehr als der Hälfte der Fälle (bundesweit) erfolgt keine Rückkehr zu dem vorherigen Lebensort, sondern der Übergang in eine andere Betreuungsform; in den anderen Fällen erfolgt eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie oder gegebenenfalls eine Wohnform, in der die bzw. der Minderjährige vor der Inobhutnahme lebte. Quelle: Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik, Kinder- und Jugendhilfereport Extra 2021, Forschungsverbund DJI/TU Dortmund 2021.

Sofern weitere stationäre Hilfen erforderlich sind, erfolgt eine Hilfeplanung gemäß §§ 36 ff. SGB VIII und der Übergang in die in diesem Rahmen vereinbarte Hilfe (§§ 27 ff. SGB VIII).

Statistische Daten zu Hilfeverläufen und Bindungsabbrüchen von Kindern und Jugendlichen, die zunächst in Obhut genommen wurden und daran anschließend weitere stationäre Hilfen erhalten haben, liegen nicht vor. Entsprechende Fragestellungen sind Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung. Die Hilfeverläufe und Auswirkungen von Hilfeveränderungen sind grundsätzlich im Rahmen der Reflexionsprozesse der Hilfeplanung zu berücksichtigen.

Frage 4. Welche Unterstützung haben die Eltern zur Rückführung ihrer Kinder erhalten und welche Konzepte gibt es seitens der Jugendämter, um die Bindung der Kinder an ihre Eltern zu erhalten?

Das Jugendamt hat die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich über die Inobhutnahme zu unterrichten, sie über die Maßnahme aufzuklären und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen (§ 42 Abs. 3 SGB VIII). Sofern weitere ambulante oder (teil-)stationäre Hilfen erforderlich sind, erfolgt eine Hilfeplanung unter Beteiligung der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten und des Kindes oder Jugendlichen gemäß §§ 36 ff. SGB VIII und der Übergang in die in diesem Rahmen vereinbarte Hilfe (§§ 27 ff. SGB VIII). Werden (teil-)stationäre Hilfen zur Erziehung gewährt, haben die Eltern während dieser Hilfe Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so dienen die Beratung und Unterstützung der Eltern sowie die Förderung ihrer Beziehung zum Kind der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll die Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Person und der Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen fördern (§ 37 Abs. 1 und 2 SGB VIII).

Stationäre Hilfen sind somit grundsätzlich auf die Wiederherstellung der Erziehungsfähigkeit, die Stärkung der Selbsthilfepotentiale und die Rückkehr ins Elternhaus ausgerichtet. Auch in den pädagogischen Konzeptionen und den Leistungsvereinbarungen stationärer Einrichtungen ist die Elternarbeit daher verankert. Eine Übersicht über Konzepte der Elternberatung und -unterstützung durch die Jugendämter und Einrichtungen liegt auf Landesebene nicht vor. Die Landesjugendämter haben im Rahmen ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft eine umfassende fachliche Empfehlung zu Qualitätsmaßstäben und Gelingensfaktoren der Hilfeplanung vorgelegt, in der u.a. Aspekte der Beteiligung von Eltern sowie Kindern und Jugendlichen im Hilfeprozess als zentrale Aufgabenstellung thematisiert und Hinweise auf die Forschungsliteratur gegeben werden → <http://www.bagljae.de/content/empfehlungen/>, hier Nr. 123.

Frage 5. Gibt es eine neutrale Ombudsstelle, wenn Eltern sich ungerecht behandelt fühlen?

Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz aus dem Jahr 2021 wurde die Verpflichtung in § 9a SGB VIII eingeführt, in den Ländern ombudtschaftliche Angebote zur Beratung sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe vorzuhalten. In Hessen besteht seit mehreren Jahren eine entsprechende Initiative des Vereins Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte e.V., die seit dem Jahr 2022 seitens des Landes gefördert wird. Im Rahmen eines seitens des Ministeriums für Soziales und Integration initiierten Workshopprozesses unter Beteiligung der Verbände der öffentlichen und freien Träger sowie von Jugendlichen wurde ein Konzeptvorschlag für eine künftige Umsetzung des § 9a SGB VIII in Hessen entwickelt, dessen schrittweise Umsetzung derzeit geprüft wird. Unabhängig davon steht Eltern, die der Inobhutnahme widersprechen, der Rechtsweg gegen Entscheidungen des Familiengerichts zur Inobhutnahme offen.

Frage 6. Wie und mit welchem Ziel arbeiten Jugendämter mit den Bildungseinrichtungen der in Obhut genommenen Kinder zusammen?

Hierzu liegen auf Landesebene keine Daten vor. Eine Abfrage bei den Kommunen ist im Rahmen der Antwortfrist nicht möglich. Im Rahmen der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans ist die Beteiligung von, für die Hilfe relevanten Einrichtungen wie bspw. der Schulen möglich, soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist (§ 37 Abs. 3 SGB VIII). Diese können durch spezielles fallbezogenes Wissen und fachliche Expertise für die Hilfeplanung und als Ressourcen im sozialen Umfeld für die Unterstützung der Eltern und jungen Menschen von Bedeutung sein. Entsprechend wird deren Beteiligung auch in der genannten Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter-Empfehlung (BAGLJÄ) thematisiert. Die Kooperationsstrukturen mit Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen sind ferner Gegenstand der pädagogischen Konzeptionen und Leistungsvereinbarungen der stationären Einrichtungen.

Frage 7. Welche Schulform besuchen die in Obhut genommenen Kinder in der Regel?

Hierzu liegen auf Landesebene keine Daten vor.

Frage 8. Welche Schulabschlüsse erreichen in Obhut genommene Kinder in der Regel?

Hierzu liegen auf Landesebene keine Daten vor. Es wird grundsätzlich auf die Hinweise zum Thema Hilfeverläufe in der Beantwortung der Frage 3 verwiesen.

Frage 9. Welche Hilfsangebote gibt es zur Gestaltung des Übergangs der Kinder und Jugendlichen von staatlichen Hilfen in die Selbstständigkeit und das Erwachsenenleben?

Der Übergang von Jugendlichen, die außerhalb des Elternhauses in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe leben, in die Selbstständigkeit ist sowohl Gegenstand der Hilfeplanung nach §§ 36ff. SGB VIII als auch Aufgabe der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen. Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) wurde dieser Auftrag konkretisiert und erweitert. Im Rahmen der Hilfeplanung ist u.a. eine prozesshafte Perspektivklärung vorzunehmen (§ 37c SGB VIII).

Weiterhin ist vorgesehen, dass im Falle eines Übergangs der Zuständigkeit auf einen anderen Sozialleistungs- oder Rehabilitationsträger rechtzeitig Vereinbarungen zwischen den Leistungsträgern getroffen werden und beim Übergang auf einen Träger der Eingliederungshilfe eine Teilhabepflicht nach § 19 SGB IX durchgeführt wird, um die Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung sicherzustellen (§ 36b SGB VIII).

Für den Übergang von Jugendlichen mit einem Hilfebedarf in die Selbstständigkeit und das Erwachsenenleben ist weiterhin auf die Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII hinzuweisen. Diese werden in ambulanter oder (teil-)stationärer Form gewährt, wenn und solange die Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Mit dem KJSG wurde konkretisierend geregelt, dass eine Beendigung der Hilfe eine erneute Gewährung oder Fortsetzung der Hilfe nicht ausschließt. Zudem ist vorgesehen, dass das Jugendamt – sofern eine Hilfe nicht fortgesetzt oder beendet werden soll – ab einem Jahr vor dem hierfür im Hilfeplan vorgesehenen Zeitpunkt prüft, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt (§ 41 Abs. 3 SGB VIII). Darüber hinaus wurde durch das KJSG die neue Leistung der Nachbetreuung gemäß § 41a SGB VIII eingeführt, in deren Rahmen junge Volljährige auch nach Beendigung der Hilfe innerhalb eines angemessenen Zeitraums durch das Jugendamt bei der Verselbständigung beraten und unterstützt werden. Unabhängig davon haben Kinder und Jugendliche nach § 8 SGB VIII einen Beratungsanspruch gegenüber dem Jugendamt. Weiterhin wurde mit dem KJSG ein neuer Beratungsanspruch nach § 10a SGB VIII eingeführt, der u.a. die persönliche Situation, mögliche Hilfen, Leistungen anderer Leistungsträger sowie Hinweise auf Leistungs- und Beratungsangebote im Sozialraum umfasst.

Im Kontext der stationären Einrichtungen ist die Verselbständigung Gegenstand der pädagogischen Konzepte und Leistungsvereinbarungen und erfolgt häufig auch in Form veränderter Betreuungssettings (Verselbständigungs- oder Trainingswohnformen, außenbetreute Jugendwohngemeinschaften).

Wiesbaden, 3. Februar 2023

Kai Klose

Anlagen

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2018

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2018 nach Geschlecht, Altersgruppen, Maßnahme während der Unterbringung und durchschnittliche Dauer

Reguläre Inobhutnahmen (nach § 42 SGB VIII)

Gebiet	Insgesamt	davon		Alter von ... bis unter ... Jahren					Unterbringung während der Maßnahme			durchschnittliche Dauer in Tagen
		männlich ¹⁾	weiblich	unter 3	3 - 6	6 - 9	9 - 12	12 und älter	bei einer geeigneten Person	in einer geeigneten Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform	
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	94	42	52	13	9	7	7	58	12	75	7	59,3
Frankfurt am Main, Stadt.....	858	425	433	111	63	57	75	552	111	721	26	44,2
Offenbach am Main, Stadt.....	11	6	5	1	1	—	2	7	4	5	2	62,0
Wiesbaden, Landeshauptstadt..	154	70	84	26	11	13	7	97	42	103	9	60,5
Bergstraße.....	135	71	64	8	9	9	11	98	23	106	6	56,0
Darmstadt-Dieburg.....	140	74	66	13	11	22	16	78	38	98	4	65,0
Groß-Gerau.....	114	56	58	7	7	3	5	92	13	88	13	58,4
Hochtaunuskreis.....	112	46	66	14	7	15	12	64	41	65	6	69,0
Main-Kinzig-Kreis.....	175	81	94	15	11	14	20	115	50	117	8	36,0
Main-Taunus-Kreis.....	86	57	29	11	4	7	4	60	17	69	—	40,5
Odenwaldkreis.....	40	24	16	2	2	1	—	35	5	32	3	47,5
Offenbach.....	103	54	49	10	2	7	14	70	6	90	7	56,7
Rheingau-Taunus-Kreis.....	56	23	33	5	2	5	7	37	5	50	1	38,0
Wetteraukreis.....	135	76	59	20	11	5	20	79	23	104	8	58,9
Reg.-Bez. Darmstadt.....	2213	1105	1108	256	150	165	200	1442	390	1723	100	50,7
Gießen.....	265	151	114	20	24	34	24	163	18	247	—	39,0
Lahn-Dill-Kreis.....	105	56	49	20	5	9	13	58	31	66	8	74,5
Limburg-Weilburg.....	72	45	27	9	5	6	8	44	37	31	4	32,3
Marburg-Biedenkopf.....	111	51	60	16	6	5	18	66	44	54	13	48,0
Vogelsbergkreis.....	23	11	12	3	1	1	4	14	1	20	2	20,0
Reg.-Bez. Gießen.....	576	314	262	68	41	55	67	345	131	418	27	45,9
Kassel, documenta-Stadt.....	231	127	104	26	17	22	27	139	30	197	4	86,4
Fulda.....	85	49	36	4	4	5	7	65	3	78	4	72,9
Hersfeld-Rotenburg.....	63	31	32	17	6	11	10	19	3	51	9	72,1
Kassel.....	165	80	85	13	7	15	5	125	25	137	3	35,8
Schwalm-Eder-Kreis.....	51	28	23	8	1	5	6	31	34	11	6	80,0
Waldeck-Frankenberg.....	53	27	26	7	2	4	8	32	17	29	7	50,8
Werra-Meißner-Kreis.....	29	17	12	3	1	1	4	20	16	10	3	61,8
Reg.-Bez. Kassel.....	677	359	318	78	38	63	67	431	128	513	36	66,7
Hessen.....	3466	1778	1688	402	229	283	334	2218	649	2654	163	53,0

1) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 PStG)" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.
— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2019

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2019 nach Geschlecht, Altersgruppen, Maßnahme während der Unterbringung und durchschnittliche Dauer

Reguläre Inobhutnahmen (nach § 42 SGB VIII)

Gebiet	Insgesamt	davon		Alter von ... bis unter ... Jahren					Unterbringung während der Maßnahme			durchschnittliche Dauer in Tagen
		männlich ¹⁾	weiblich	unter 3	3 - 6	6 - 9	9 - 12	12 und älter	bei einer geeigneten Person	in einer geeigneten Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform	
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	87	42	45	10	6	5	8	58	7	70	10	50,4
Frankfurt am Main, Stadt.....	991	490	501	125	76	64	73	653	61	898	32	52,3
Offenbach am Main, Stadt.....	12	5	7	4	—	1	2	5	3	7	2	118,4
Wiesbaden, Landeshauptstadt..	189	84	105	39	26	16	22	86	60	109	20	81,2
Bergstraße.....	134	69	65	6	9	5	15	99	19	108	7	64,1
Darmstadt-Dieburg.....	124	76	48	17	9	8	15	75	31	81	12	52,5
Groß-Gerau.....	151	79	72	21	7	6	13	104	12	132	7	51,8
Hochtaunuskreis.....	109	54	55	20	10	9	15	55	38	67	4	81,7
Main-Kinzig-Kreis.....	176	88	88	13	15	13	22	113	35	135	6	37,9
Main-Taunus-Kreis.....	77	39	38	18	1	3	2	53	15	54	8	46,5
Odenwaldkreis.....	67	32	35	13	2	4	10	38	22	42	3	37,2
Offenbach.....	137	57	80	13	12	5	13	94	18	111	8	38,9
Rheingau-Taunus-Kreis.....	78	41	37	17	4	7	4	46	17	60	1	49,1
Wetteraukreis.....	116	57	59	20	10	14	7	65	18	92	6	51,5
<i>Reg.-Bez. Darmstadt.....</i>	<i>2448</i>	<i>1213</i>	<i>1235</i>	<i>336</i>	<i>187</i>	<i>160</i>	<i>221</i>	<i>1544</i>	<i>356</i>	<i>1966</i>	<i>126</i>	<i>54,2</i>
Gießen.....	238	137	101	36	21	17	25	139	34	203	1	32,0
Lahn-Dill-Kreis.....	86	32	54	8	4	6	8	60	4	72	10	48,7
Limburg-Weilburg.....	68	34	34	10	7	3	5	43	34	33	1	22,4
Marburg-Biedenkopf.....	159	79	80	21	11	18	20	89	62	90	7	42,8
Vogelsbergkreis.....	22	11	11	7	2	3	1	9	6	13	3	96,4
<i>Reg.-Bez. Gießen.....</i>	<i>573</i>	<i>293</i>	<i>280</i>	<i>82</i>	<i>45</i>	<i>47</i>	<i>59</i>	<i>340</i>	<i>140</i>	<i>411</i>	<i>22</i>	<i>38,8</i>
Kassel, documenta-Stadt.....	202	101	101	26	13	6	17	140	22	172	8	67,0
Fulda.....	68	31	37	13	2	4	5	44	8	60	—	154,5
Hersfeld-Rotenburg.....	36	16	20	5	3	4	2	22	4	29	3	64,9
Kassel.....	114	49	65	12	8	8	12	74	22	88	4	33,8
Schwalm-Eder-Kreis.....	78	33	45	9	6	10	3	50	36	36	6	105,2
Waldeck-Frankenberg.....	44	21	23	12	3	2	7	20	19	25	—	112,7
Werra-Meißner-Kreis.....	33	17	16	4	1	5	2	21	23	9	1	61,5
<i>Reg.-Bez. Kassel.....</i>	<i>575</i>	<i>268</i>	<i>307</i>	<i>81</i>	<i>36</i>	<i>39</i>	<i>48</i>	<i>371</i>	<i>134</i>	<i>419</i>	<i>22</i>	<i>79,1</i>
Hessen.....	3596	1774	1822	499	268	246	328	2255	630	2796	170	55,7

1) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts "anderes" werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2020

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2020 nach Geschlecht, Altersgruppen, Maßnahme während der Unterbringung und durchschnittliche Dauer

Reguläre Inobhutnahmen (nach § 42 SGB VIII)

Gebiet	Insgesamt	davon		Alter von ... bis unter ... Jahren					Unterbringung während der Maßnahme			durchschnittliche Dauer in Tagen
		männlich ¹⁾	weiblich ¹⁾	unter 3	3 - 6	6 - 9	9 - 12	12 und älter	bei einer geeigneten Person	in einer geeigneten Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform	
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	91	42	49	13	7	6	7	58	5	82	4	52,2
Frankfurt am Main, Stadt.....	969	493	476	113	72	68	77	639	78	868	23	53,7
Offenbach am Main, Stadt.....	32	11	21	3	4	3	1	21	3	27	2	92,0
Wiesbaden, Landeshauptstadt..	157	54	103	32	16	13	13	83	42	102	13	62,2
Bergstraße.....	108	50	58	8	10	9	7	74	25	81	2	87,6
Darmstadt-Dieburg.....	122	69	53	19	3	11	14	75	26	94	2	45,4
Groß-Gerau.....	167	93	74	12	11	6	11	127	12	132	23	45,2
Hochtaunuskreis.....	92	42	50	9	9	9	13	52	18	67	7	84,1
Main-Kinzig-Kreis.....	161	70	91	22	12	18	19	90	54	104	3	71,2
Main-Taunus-Kreis.....	70	44	26	5	—	—	8	57	6	55	9	66,9
Odenwaldkreis.....	45	14	31	8	2	3	5	27	17	23	5	81,1
Offenbach.....	104	52	52	5	8	16	10	65	4	97	3	43,8
Rheingau-Taunus-Kreis.....	62	28	34	4	6	7	6	39	12	50	—	37,8
Wetteraukreis.....	116	57	59	10	10	11	14	71	10	101	5	41,4
<i>Reg.-Bez. Darmstadt.....</i>	<i>2296</i>	<i>1119</i>	<i>1177</i>	<i>263</i>	<i>170</i>	<i>180</i>	<i>205</i>	<i>1478</i>	<i>312</i>	<i>1883</i>	<i>101</i>	<i>57,2</i>
Gießen.....	247	134	113	31	27	27	30	132	40	203	4	45,5
Lahn-Dill-Kreis.....	148	68	80	19	10	9	14	96	25	116	7	52,7
Limburg-Weilburg.....	41	23	18	11	2	—	5	23	18	21	2	17,5
Marburg-Biedenkopf.....	123	49	74	21	8	11	12	71	44	73	6	42,8
Vogelsbergkreis.....	19	6	13	3	4	2	3	7	4	13	2	48,4
<i>Reg.-Bez. Gießen.....</i>	<i>578</i>	<i>280</i>	<i>298</i>	<i>85</i>	<i>51</i>	<i>49</i>	<i>64</i>	<i>329</i>	<i>131</i>	<i>426</i>	<i>21</i>	<i>44,9</i>
Kassel, documenta-Stadt.....	165	77	88	27	17	16	19	86	26	134	5	166,5
Fulda.....	87	52	35	11	11	5	11	49	13	73	1	41,2
Hersfeld-Rotenburg.....	26	13	13	6	3	—	2	15	6	18	2	52,1
Kassel.....	106	57	49	17	9	5	12	63	19	79	8	49,3
Schwalm-Eder-Kreis.....	71	25	46	10	11	4	7	39	16	38	17	56,8
Waldeck-Frankenberg.....	60	28	32	11	10	4	7	28	27	30	3	70,6
Werra-Meißner-Kreis.....	28	12	16	6	3	4	6	9	14	10	4	44,8
<i>Reg.-Bez. Kassel.....</i>	<i>543</i>	<i>264</i>	<i>279</i>	<i>88</i>	<i>64</i>	<i>38</i>	<i>64</i>	<i>289</i>	<i>121</i>	<i>382</i>	<i>40</i>	<i>86,9</i>
Hessen.....	3417	1663	1754	436	285	267	333	2096	564	2691	162	59,8

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2021

Vorläufige Schutzmaßnahmen

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2021 nach Geschlecht, Altersgruppen, Maßnahme während der Unterbringung und durchschnittliche Dauer

Reguläre Inobhutnahmen (nach § 42 SGB VIII)

Gebiet	Insgesamt	davon		Alter von ... bis unter ... Jahren					Unterbringung während der Maßnahme			durchschnittliche Dauer in Tagen
		männlich ¹⁾	weiblich ¹⁾	unter 3	3 - 6	6 - 9	9 - 12	12 und älter	bei einer geeigneten Person	in einer geeigneten Einrichtung	in einer sonstigen betreuten Wohnform	
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	80	37	43	8	4	4	16	48	9	68	3	50,4
Frankfurt am Main, Stadt.....	968	495	473	92	43	63	60	710	82	857	29	52,0
Offenbach am Main, Stadt.....	29	11	18	4	—	1	3	21	4	25	—	69,6
Wiesbaden, Landeshauptstadt..	134	54	80	25	18	8	16	67	41	83	10	58,6
Bergstraße.....	97	48	49	10	8	6	10	63	16	78	3	53,7
Darmstadt-Dieburg.....	152	87	65	18	12	15	23	84	24	115	13	49,0
Groß-Gerau.....	199	118	81	14	6	11	24	144	15	164	20	61,1
Hochtaunuskreis.....	86	40	46	9	6	8	11	52	18	59	9	110,4
Main-Kinzig-Kreis.....	135	66	69	16	7	11	12	89	27	99	9	51,5
Main-Taunus-Kreis.....	96	59	37	7	6	2	1	80	21	68	7	46,2
Odenwaldkreis.....	41	13	28	5	3	3	3	27	11	28	2	120,0
Offenbach.....	138	76	62	9	14	14	15	86	8	118	12	38,9
Rheingau-Taunus-Kreis.....	74	43	31	6	11	11	7	39	15	59	—	42,3
Wetteraukreis.....	119	54	65	16	10	14	20	59	20	91	8	48,4
<i>Reg.-Bez. Darmstadt.....</i>	<i>2348</i>	<i>1201</i>	<i>1147</i>	<i>239</i>	<i>148</i>	<i>171</i>	<i>221</i>	<i>1569</i>	<i>311</i>	<i>1912</i>	<i>125</i>	<i>55,0</i>
Gießen.....	208	137	71	24	18	15	18	133	30	177	1	53,3
Lahn-Dill-Kreis.....	122	66	56	10	5	9	13	85	12	104	6	62,3
Limburg-Weilburg.....	52	34	18	3	2	1	7	39	20	32	—	17,4
Marburg-Biedenkopf.....	124	59	65	14	7	10	20	73	35	74	15	35,2
Vogelsbergkreis.....	17	8	9	5	2	1	—	9	7	10	—	43,2
<i>Reg.-Bez. Gießen.....</i>	<i>523</i>	<i>304</i>	<i>219</i>	<i>56</i>	<i>34</i>	<i>36</i>	<i>58</i>	<i>339</i>	<i>104</i>	<i>397</i>	<i>22</i>	<i>47,3</i>
Kassel, documenta-Stadt.....	165	82	83	29	11	12	13	100	21	142	2	105,8
Fulda.....	82	44	38	8	2	4	12	56	4	76	2	49,1
Hersfeld-Rotenburg.....	30	14	16	6	1	4	7	12	8	21	1	69,5
Kassel.....	86	44	42	7	6	11	15	47	17	68	1	59,2
Schwalm-Eder-Kreis.....	51	29	22	5	4	4	9	29	6	44	1	71,8
Waldeck-Frankenberg.....	41	19	22	8	7	4	6	16	15	22	4	91,1
Werra-Meißner-Kreis.....	14	7	7	4	—	—	4	6	8	5	1	78,4
<i>Reg.-Bez. Kassel.....</i>	<i>469</i>	<i>239</i>	<i>230</i>	<i>67</i>	<i>31</i>	<i>39</i>	<i>66</i>	<i>266</i>	<i>79</i>	<i>378</i>	<i>12</i>	<i>79,2</i>
Hessen.....	3340	1744	1596	362	213	246	345	2174	494	2687	159	57,2

1) Kinder und Jugendliche mit den Geschlechtsangaben "divers" und "ohne Angabe" (nach § 22 Absatz 3 PStG) werden in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten